

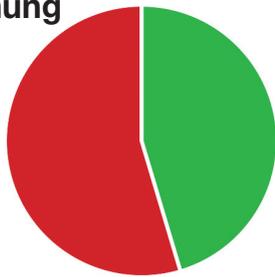
Argumentarium

Initiative für eine zeitgemässe Gemeindeversammlung:
Sämtliche Sach- und Wahlgeschäfte an die Urne – «Mehr Demokratie für alle»

> **Es ist undemokratisch, in der grossen Gemeinde Beromünster Sach- und Wahlgeschäfte an der Gemeindeversammlung zu behandeln.**

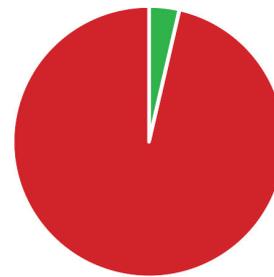
Undemokratisch deshalb, **weil nur wenige Stimmberechtigte an den Gemeindeversammlungen teilnehmen.**

Urnenabstimmung vom 17.5.2020
zur Ortsplanung



■ Entscheid fällt durch 45,4 % der Stimmberechtigten
■ 54,6 % gehen NICHT an die Urne

Gemeindeversammlung vom 12.12.2019



■ Entscheid fällt durch 3,6 % der Stimmberechtigten
■ 96,4 % gehen NICHT an die Gemeindeversammlung

Falls ein Sachgeschäft gewisse Gruppierungen oder Ortsteile betrifft, ist es für diese möglich, genügend Personen für die Gemeindeversammlung zu mobilisieren. **So kann das Geschäft durch eine kleine Minderheit der Stimmbürger angenommen oder verhindert werden.**

Zudem: die meisten Abstimmungen **finden offen und nicht geheim** statt. Zwar können bereits jetzt 2/5 der Anwesenden eine Urnenabstimmung, und 1/5 eine geheime Abstimmung an der Versammlung verlangen. Werden jedoch genügend Befürworter oder Gegner einer Vorlage mobilisiert, scheitert auch das. Eine spätere **Referendumsmöglichkeit besteht nicht**. Sogar die wenig spannende Abstimmung über die Zersiedlungsinitiative vom 10. Februar 2019 hat **rund 8 Mal mehr Stimmbürger mobilisiert als eine Gemeindeversammlung.**

Ein weiteres Problem: **Nicht jeder Stimmbürger**, der an die Gemeindeversammlung gehen möchte, **kann daran teilnehmen**: Bauern müssen ihre Kühe melken, Mütter und Väter haben **Verpflichtungen** gegenüber den Kindern, Junge sind in Vereinen engagiert und Viele im Verkauf arbeiten abends bis 19 Uhr. **Mit einer Urnenabstimmung können aber auch solche Personen von zuhause aus ihre demokratischen Rechte ausüben.**

**Das momentane System ist eher eine Demokratie für wenige.
Wir wollen eine Demokratie für alle.**

Abstimmung Ortsplanung vom 17. Mai 2020	2072 Teilnehmer/innen	45,4% Beteiligung
Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2019	165 Teilnehmer/innen	3,6% Beteiligung
Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2019	217 Teilnehmer/innen	4,8% Beteiligung
Eidgenössische Abstimmung vom 10. Februar 2019	1630 Teilnehmer/innen	36,8% Beteiligung

> Die Gemeindeversammlung bleibt als Orientierungsversammlung mit direkter Fragemöglichkeit weiterhin bestehen.

Die vorgeschlagene Lösung orientiert sich am Modell der Gemeinde Wolhusen. Die Gemeindeversammlung wird in eine **Orientierungsversammlung** ohne Abstimmungen und Wahlen **zeitgemäss umgestaltet**. Der direkte Kontakt mit den Gemeindebehörden bleibt bestehen und **die Stimmbürger dürfen auch weiterhin schriftlich oder mündlich Fragen stellen**. Der Gemeinderat orientiert an der Versammlung über seine Absichten und Projekte. Die Stimmbürger können – wie bisher – Fragen stellen oder Bemerkungen anbringen.

Orientierungsversammlungen ermöglichen – wie bisher – den direkten Austausch mit dem Gemeinderat.

> Beispiele aus Luzerner Gemeinden zeigen, dass das vorgeschlagene System funktioniert.

Seit bald 4 Jahren kennt die Gemeinde Wolhusen nur noch Orientierungsversammlungen und die Wahl- und Sachgeschäfte werden alle an der Urne behandelt. Unsere Nachbargemeinde Römerswil hat die Gemeindeversammlung bereits 2013 abgeschafft. Die ehemalige Gemeindepräsidentin Ruth Spielhofer-Meyer (Römerswil) hat in der LZ bereits 2015 bestätigt, dass die **Diskussion im Dorf nicht eingeschlafen** ist und zog eine positive Bilanz.¹ Für die Gemeinde Hochdorf, welche seit 1931 keine Gemeindeversammlung mehr kennt, sagte 2015 die Gemeindepräsidentin Lea Bischof-Meier, dass durch das Urnenverfahren der Gemeinderat den **vermehrten Kontakt zur Bevölkerung** suchen müsse.²

> Projekte müssen in Zukunft ausgewogener sein und besser kommuniziert werden.

Der vermehrte Kontakt zur Bevölkerung hilft dem Gemeinderat, **bessere Projekte** vorzulegen. Projekte und Wahlen müssen in Zukunft ausgewogen und massvoll ausgestaltet werden, da der Gemeinderat **nicht bloss das Feedback von wenigen 3 bis 4% der Bevölkerung erwarten muss**. **Die Behörden sind gezwungen, Projekte und Wahlen vorgängig überzeugend zu präsentieren und so mit allen Stimmberechtigten in Kontakt zu treten.**

Die Beispiele aus den Nachbargemeinden zeigen: es funktioniert!



¹ <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/luzern/luzern-profitiert-volk-oder-exekutive-ld.100668>, <besucht am 26.08.2020>.

² <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/luzern/luzern-profitiert-volk-oder-exekutive-ld.100668>, <besucht am 26.08.2020>.